

Schutz zur Chefsache machen

Die Stadt Hockenheim hat die Liste mit 1365 gesammelten Unterschriften von Hockenheimer Bürgern, die sich damit für den vertraglich zugesicherten Lärmschutz entlang der Bahnstrecke ausgesprochen hatten, an Bahnchef Rüdiger Grube übersendet. Damit möchte die Verwaltung den Konzernchef auffordern, die Bedenken der Menschen ernst zu nehmen und sich mit der seit Jahrzehnten andauernden Problematik direkt zu befassen, heißt es in einer Pressemitteilung der Stadt.

Erstaunt habe man zur Kenntnis genommen, dass Grube die an ihn persönlich adressierten Postkarten der Hockenheimer nicht selber beantworten werde. Das hatte Konzernbevollmächtigter Eckart Fricke in einem Pressegespräch Ende Oktober deutlich gemacht. „Nicht nur, dass dieses Pressegespräch stattfand, ohne dass man vorher der Fairness halber mit den anderen Beteiligten vor Ort gesprochen hätte. Passend zu dieser Nacht- und Nebelaktion verkündet die Bahn auch noch, dass Hockenheim offenbar nicht wichtig genug ist, als dass sich Herr Grube persönlich um die Sorgen der Menschen hier vor Ort kümmern kann“, so OB Dieter Gummer.

Zwar könne den Oberbürgermeister bei der Bahn inzwischen

nicht mehr viel überraschen. Die Äußerung Frickes, dass man mit den im Planfeststellungsverfahren ausgelegten Plänen den damaligen vertraglichen Verpflichtungen nachkomme, sei jedoch absolut nicht nachvollziehbar.

„Die damaligen vertraglichen Verpflichtungen legen Mittelungspegelwerte zugrunde, die zum Teil strenger sind als die aktuell nach dem Recht geltenden Höchstwerte der 16. Bundes-Immissionsschutzverordnung. Nicht mal diese aktuell geltenden Werte werden eingehalten, wenn die Bahn ihre bevorzugte Variante 7 durchbringt, geschweige denn die vertragliche Verpflichtung von damals, die die Bahn zu erfüllen hat“, sagt Gummer.

Verpflichtungen von 1976 gelten

Es sei für den Oberbürgermeister zwar nachvollziehbar, dass man nun von der Bahn versuche, abzulenken und der Stadt den „Schwarzen Peter“ der Mitfinanzierung zuzuschieben. Jedoch ändere dies nichts an den vertraglichen Verpflichtungen der Bahn, die im Jahre 1976 zugesichert hatte, die Werte einzuhalten und sich auch verpflichtet hatte, notwendige Nachrüstungen vorzunehmen, wenn die Werte nicht eingehalten werden.

Darüber hinaus hege man nach wie vor Zweifel an den Berechnungen, die den eingereichten Planfeststellungsunterlagen zugrunde liegen, heißt es in der Mitteilung weiter. Dies habe die Stadt auch in ihrer Einwendung im Planfeststellungsverfahren dargelegt und mit eigenen Berechnungen untermauert.

„Wenn die Bahn so sicher ist, dass sie mit ihrer favorisierten Variante 7 den optimalen Schutz der Hockenheimer vor Lärm bietet, warum taucht dann Herr Grube ab und schickt seinen Bevollmächtigten vor?“, fragt Gummer. Auch vermisse er konkrete Nachbesserungen, die man sich von der Bahn nach einem Gespräch im Frühjahr mit Staatssekretär Odenwald beim Bundesverkehrsministerium erhofft hatte.

„Es geht hier um Menschen, es geht um das Wohlergehen dieser Menschen und es geht um Vertrauen. Wenn sogar vertragliche Zusagen nicht eingehalten werden, wie soll man der Bahn dann bei anderen Dingen vertrauen?“, fragt Gummer. Trotz allem, so der Oberbürgermeister abschließend, habe er die Hoffnung, dass Grube im Interesse der Bahn das Thema Hockenheim zur Chefsache mache, um so einen weiteren Imageverlust beim Unternehmen abzuwenden. zg